

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten
von Amerika

Jahrgang 19 (2004), Heft 5

**abgeschlossen am
25. Mai 2004**

	<u>Seite</u>
1. Congress verlangt lückenlose Aufklärung des Folter-Skandals im Irak	1
2. Repräsentantenhaus für Verlängerung von Steuersenkungen	3
3. Budget-Kompromiss im Senat umstritten	4
4. Repräsentantenhaus verabschiedet <i>Defense Authorization 2005</i>	6
5. Congress berät über zusätzliche Mittel für Militäreinsatz im Irak	6
6. Bush und Cheney sagen vor Untersuchungskommission zum 11. September aus	7
7. Präsidentschaftswahlen: Irak-Krise überschattet Wahlkampf	8

5/2004

0. Der Congress befindet sich vom 24. bis 31. Mai 2004 in seiner traditionellen Sitzungspause aus Anlass des *Memorial Day*.

1. Congress verlangt lückenlose Aufklärung des Folter-Skandals im Irak

Im Congress haben die Ende April 2004 öffentlich gewordenen Bilder von systematischen Folterungen irakischer Gefangener durch US-amerikanische Soldaten in einem Militärgefängnis in der Nähe von Bagdad zu überparteilichen Rufen nach lückenloser Aufklärung des Skandals geführt.

Der Senat verabschiedete in diesem Zusammenhang am 10. Mai 2004 einstimmig eine Resolution (*Senate Resolution 356*), welche die Misshandlungen scharf verurteilt und eine umfassende Untersuchung verlangt. Auch das Repräsentantenhaus kritisierte mit 365:50 Stimmen (*House Resolution 627*) die Misshandlungen irakischer Gefangener durch US-Soldaten, lobte gleichzeitig aber auch die militärischen Anstrengungen der USA im Irak.

In eilig einberufenen Anhörungen vor den Streitkräfteausschüssen von Repräsentantenhaus und Senat, die in der ersten Maihälfte stattfanden, musste die politische Führung des Pentagon eingestehen, dass es offensichtlich eine längere Folterpraxis im Militärgefängnis von Abu Ghraib gab. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld übernahm am 7. Mai 2004 in einer Anhörung vor dem *Senate Armed Services Committee* die „volle Verantwortung“ und kündigte eine lückenlose Aufklärung und umfassende Bestrafung aller Verantwortlichen an. Seinen Rücktritt lehnte er jedoch genauso ab wie Präsident Bush, der sich hinter seinen Verteidigungsminister stellte und ihm öffentlich sein Vertrauen aussprach.

Das ändert freilich nichts daran, dass der Folter-Skandal einen tiefen Schatten auf die Irak-Politik des Präsidenten wirft (vgl. CR 4/2004, S. 1), und der Congress erstmals seit den Terrorangriffen vom 11. September 2001 dazu bereit scheint, sein verfassungsmäßiges Recht zur Mitsprache in der Sicherheitspolitik wieder stärker wahrzunehmen.

„Wir riskieren die öffentliche Unterstützung“ für den Irak-Krieg zu verlieren, so formulierte es der republikanische Senator John McCain (Ariz.) gegenüber Verteidigungsminister Rumsfeld in den Anhörungen zum Folterskandal vor dem Streitkräfteausschuss des Senats. „Genauso wie sich die Amerikaner vom Vietnam-Krieg abwendeten“, so McCain, der über fünf Jahre als Kriegsgefangener in Vietnam festgehalten wurde, „könnten sie auch diesem Krieg den Rücken kehren“, wenn der Folter-Skandal nicht rückhaltlos aufgeklärt wird. „Die Regeln für den Umgang mit Kriegsgefangenen“, so der Senator weiter, „sind sehr klar“. Der Republikaner McCain unterstrich, dass es „keine Rechtfertigung für diese Art der Behandlung gibt.“

Sowohl John W. Warner (Va.), der republikanische Vorsitzende des Senate Armed Services Committee, als auch sein Amtskollege Pat Roberts (R-Kann.), der Vorsitzende des Intelligence Committee, kündigten an, dass sie weitere Anhörungen durchführen wollen, „um den vollkommen inakzeptablen Bruch militärischer Regeln“ aufzuklären, wie Warner es nannte.

Dabei fühlten sich viele Senatoren vom Pentagon regelrecht hintergangen, nachdem klar wurde, dass dem Ministerium bereits Anfang März 2004 ein interner Bericht von Generalmajor Antonio M. Taguba vorlag, der die Folterungen irakischer Kriegsgefangener durch ihren US-amerikanischen Bewacher bestätigte. Zwar erklärte der General vor dem Streitkräfteausschuss, dass es keine Hinweise für „direkte Befehle von Vorgesetzten“ gibt. Republikaner wie Senator Lindsey Graham (S.C.), der früher einmal selbst als Militärstaatsanwalt tätig war, bezweifeln jedoch zwischenzeitlich, dass die Folterungen allein auf die isolierten Taten weniger Einzelner zurückgeführt werden können. „Ich bin der Überzeugung, dass es mehr Kriegsgerichtsverfahren geben wird und zwar nicht nur gegen Gefreite und Feldweibel“, so Graham kürzlich in einem Fernsehinterview. Vielmehr müsse davon ausgegangen werden, dass hier Muster zum Tragen gekommen seien, die bis nach Guantanamo reichten, und dann von schlecht ausgebildeten Soldaten als „Blaupause“ benutzt wurden. Auch der Demokrat Patrick Leahy (Vt.) sprach im Senat von einem größeren Muster der Misshandlung von Kriegsgefangenen durch US-Soldaten im Krieg gegen den Terrorismus. Kompliziert werden die Untersuchungen zudem dadurch, dass offensichtlich auch Angestellte eines privaten Sicherheitsdienstes an den Folterungen beteiligt waren, der aber der US-Militärgerichtsbarkeit nicht unterliegt.

Während die Republikaner im Senat unter Führung von Majority Leader Bill Frist (R-Tenn.) offensichtlich auf Überparteilichkeit in ihren Untersuchungen des Folterskandals setzen, ist die Situation im Repräsentantenhaus deutlich anders.

Dort warf *House Majority Leader* Tom DeLay (R-Tx.) den Demokraten um *Minority Leader* Nancy Pelosi (Cal.) vor, den Folter-Skandal nur innenpolitisch ausschlichten zu wollen. Pelosi hatte den Rücktritt von Verteidigungsminister Rumsfeld verlangt und sich für eine schärfer formulierte Resolution des Repräsentantenhauses im Zusammenhang mit den Ereignissen im Militärgefängnis Abu Ghraib ausgesprochen. DeLay hielt dem entgegen, dass die Politik des Präsidenten im Irak „nicht falsch ist“ und verwies auf das Schicksal des US-Amerikaners Nicholas Berg, der Anfang Mai 2004 vor laufender Kamera von islamischen Fundamentalisten ermordet worden war. „Wir haben ihren Weg probiert und wir bekamen den 11. September“, so DeLay, der hinzufügte, dass „Appeasement nicht funktioniert“.

George W. Bush, der offensichtlich realisiert wie stark ihn der Folter-Skandal innenpolitisch in die Defensive gebracht hat, besuchte am 20. Mai 2004 die republikanischen Mehrheitsfraktionen im Kapitol und beschwor den Schulterschluss in der Irak-Politik. Dass dieser nach Bekanntwerden des Folterskandals in Abu Ghraib nicht mehr selbstverständlich ist, macht deutlich, wie viel Empörung und Verunsicherung im Kapitol herrscht.

2. Repräsentantenhaus für Verlängerung von Steuersenkungen

Das Repräsentantenhaus hat sich in einer Serie von Abstimmungen im April und Mai 2004 mit großen Mehrheiten für die Verlängerung populärer Bestandteile der 2001 auf Initiative Präsident Bushs beschlossenen Steuersenkungen ausgesprochen (vgl. CR 6-7/2001, S. 3).

Die zeitliche Befristung der Steuerreform von 2001 war von den Republikanern vorgenommen worden, um das Gesetzespaket nach den Regeln des Haushaltsverfahrens auch im Senat mit einfacher Mehrheit verabschieden zu können.

In einem ersten Schritt hat das Repräsentantenhaus Ende April mit 323:95 Stimmen die Steuervergünstigungen für verheiratete Paare um ein Jahr verlängert, welche eine Ungleichbehandlung gegenüber nicht verheirateten Paaren mit zwei Einkommen ausgleichen sollen (*marriage tax penalty*). In der Abstimmung schlossen sich auch 102 Demokraten der republikanischen Mehrheit an.

Zuvor war eine demokratische Alternativ-Vorlage, welche die Vergünstigungen durch Steuererhöhungen für Spitzenverdiener mit Einkommen von mehr als 1 Mio. USD pro Jahr gegenfinanziert hätte, von der republikanischen Mehrheit abgelehnt worden.

Die Kosten für die Gleichstellung von verheirateten Paaren werden in den kommenden zehn Jahren auf ca. 105 Mrd. USD geschätzt und sollen bis zu 35 Mio. Familien zugute kommen.

In einem zweiten Schritt hat das Repräsentantenhaus Anfang Mai mit 333:89 Stimmen eine Anpassung der Mindestbesteuerung (*alternative minimum tax*) für ein Jahr fortgeschrieben. Hier stimmten 109 Demokraten mit der republikanischen Mehrheit, nachdem ein Gegenvorschlag der demokratischen Fraktion keine Mehrheit fand.

Zudem hat sich das Repräsentantenhaus mit 344:76 Stimmen für die dauerhafte Festschreibung der Erhöhung der Obergrenze für den Eingangssteuersatz auf 7.000 USD pro Jahr (zuvor 6.000 USD) ausgesprochen. Hier folgten 124 Demokraten der republikanischen Mehrheit, während ein republikanischer Abgeordneter und 75 Demokraten bei 13 Enthaltungen gegen die Vorlage stimmten.

Die Steuerausfälle in Folge dieser Entscheidung werden in den nächsten zehn Jahren auf ca. 218 Mrd. USD geschätzt, wobei über 70 Millionen Steuerzahler von der Steuerkürzung profitieren sollen.

Den Reigen der Steuererleichterungen schloss Mitte Mai die unbefristete Fortschreibung der Verdoppelung und Ausweitung der Kinderfreibeträge (*child tax credit*) mit 271:139 Stimmen vorläufig ab. Gegen diese Entscheidung stimmten 135 Demokraten und 9 Republikaner.

Vor allem die Erhöhung der Obergrenzen für die Steuergutschriften für Kinder auf bis zu 309.000 USD Jahreseinkommen stieß auf heftige Kritik der Opposition. Ein Alternativvorschlag der Demokraten, der die Ausfälle durch zusätzliche Abgaben für höhere Einkommen kompensiert hätte, wurde abgelehnt.

Angesichts der näher rückenden Wahlen und der hohen Popularität der diskutierten Steuererleichterungen beschränkte sich die demokratische Opposition im Repräsentantenhaus darauf, in Gegenvorschlägen ihre Kritik an der mangelnden Haushaltsdisziplin der Republikaner zum Ausdruck zu bringen.

Nun muss noch der Senat entscheiden. Dort fehlt der republikanischen Fraktion auf Grund der Vorbehalte von vier Fraktionsmitgliedern und der geschlossenen demokratischen Opposition allerdings noch die notwendige Mehrheit (vgl. Punkt 3).

Speaker Dennis Hastert (R-Ill.) hat die abtrünnigen Senatoren in ungewöhnlich scharfer Form kritisiert und seinen Parteikollegen vorgeworfen, die Kompromissbereitschaft seiner Fraktion im Repräsentantenhaus über Gebühr zu strapazieren.

3. Budgetkompromiss im Senat umstritten

Das Repräsentantenhaus hat am 19. Mai 2004 mit knapper Mehrheit den vom Vermittlungsausschuss des Congress ausgehandelten Kompromiss zur Budget-Resolution für das Haushaltsjahr 2005 angenommen (vgl. CR 4/2004, S. 6).

In der parteipolitisch scharf polarisierten Abstimmung stimmten 216 Republikaner für die Annahme. Gegen die Entscheidung sprachen sich 203 Demokraten, 9 Republikaner sowie ein unabhängiger Abgeordneter aus. 5 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Die Kompromissvorlage sieht Gesamtausgaben in Höhe von 2,4 Billionen USD für 2005 vor

und beinhaltet, wie von der Bush-Administration gefordert,

- eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um 7 Prozent auf 421 Mrd. USD und
- eine Steigerung der Ausgaben für innere Sicherheit um 15 Prozent auf 31 Mrd. USD.

Der Entwurf berücksichtigt auch bereits vom Repräsentantenhaus beschlossene Steuerensenkungen (vgl. Punkt 2). Das von Präsident Bush propagierte Ziel der Halbierung des Budgetdefizits in den kommenden fünf Jahren wird in den Planungen allerdings nur durch die Begrenzung eines Teils der Steuerensenkungen auf ein Jahr erreicht.

Der unter Federführung der republikanischen Vorsitzenden der Budgetausschüsse von Repräsentantenhaus und Senat, Jim Nussle (Iowa) und Don Nickles (Okla.) ausgearbeitete Kompromiss stößt jedoch im Senat auf grundlegende Vorbehalte.

Der Senat hatte in seine Budget-Resolution eine Bestimmung zur Begrenzung des Haushaltsdefizits aufgenommen (*pay-as-you-go-rule*), die Kompensationsmaßnahmen für neue Steuersenkungen erforderlich macht (vgl. CR 3/2004, S. 5 und CR 4/2004, S. 6).

Senator Nickles verteidigte den Kompromissvorschlag im Vermittlungsausschuss ohne „pay-as-you-go-rule“ als best mögliches Verhandlungsergebnis und stellte den Senat vor die Alternative der Annahme oder Ablehnung des Gesamtpakets. Neben der demokratischen Opposition haben sich jedoch vier republikanische Senatoren gegen eine Budget-Resolution ohne die Erschwerung zusätzlicher Steuersenkungen ausgesprochen.

Die vier Parteidissidenten Lincoln Chafee (R.I.), Susan Collins (Maine), John McCain (Ariz.) und Olympia Snowe (Maine) haben bisher keine Anzeichen für ein mögliches Einlenken gegeben. Angesichts des parteiinternen Widerstands fehlen der republikanischen Mehrheit damit zwei Stimmen für die Verabschiedung der Resolution.

Vor allem John McCain, der wiederholt als scharfer Kritiker der Bush-Administration aufgetreten ist, hat von den republikanischen Mehrheiten „Opfer in Kriegszeiten“ verlangt und sarkastisch angemerkt, er hege „frohe Erinnerungen an die Zeiten, in denen echte Republikaner für Haushaltsdisziplin standen“.

McCains Bemerkungen provozierten eine harte Reaktion von *Speaker* Dennis Hastert (R-Ill.), der mit bissiger Ironie in Frage stellte, ob Senator McCain noch zur Republikanischen Partei gehört.

Die Senatsführung um *Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) hat es angesichts der fehlenden Mehrheit bisher vermieden, die Budget-Resolution zur Abstimmung zu bringen.

Während außer Frage steht, dass der Haushalt früher oder später verabschiedet wird, zeichnet sich bisher kein Ausweg ab, der die Umgehung der gegenwärtigen Blockade erlaubt. Für die republikanischen Mehrheiten im Congress wie für die Bush-Administration wären längerfristige Verzögerungen der Haushaltsberatungen im Wahljahr aber eine ernsthafte politische Blamage.

4. Repräsentantenhaus verabschiedet *Defense Authorization 2005*

Das Repräsentantenhaus hat am 20. Mai 2004 mit 391:34 Stimmen seine Vorlage zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2005 („Defense Authorization“) verabschiedet. Acht Tage zuvor hatte der zuständige Streitkräfteausschuss der Kammer nach 14-stündigen Beratungen die erarbeitete Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung an das Hausplenum verwiesen.

Die Vorlage sieht Rüstungsausgaben in Höhe von 422,2 Mrd. USD vor, 20,9 Mrd. mehr als der Congress für das laufende Haushaltsjahr genehmigt hatte. Davon sollen allein 76,3 Mrd. für die Beschaffung neuer Waffensysteme und 68,1 Mrd. USD für Forschung und Entwicklung bereitgestellt werden.

Mit der *Defense Authorization* entscheidet der Congress jährlich zunächst der Sache nach über die Rüstungsausgaben, während die eigentliche Ausgabenbewilligung dann im Rahmen der *Defense Appropriation* erfolgt.

Die Vorlage des Repräsentantenhauses enthält u.a. Bestimmungen, welche

- die Truppenstärke im kommenden Haushaltsjahr um 39.000 Soldaten erhöhen würden;
- die Beschaffung von 24 Abfangjägern des Typs F/A-22 Raptor sowie 42 Maschinen des Typs F/A-18E/F Super Hornet beinhalten;
- den Bau von drei Zerstörern der DDG-51 Klasse, eines nuklearbetriebenen Angriffs-U-Boots der Virginia-Klasse sowie zweier T-AKE Transportschiffe vorsehen;
- Mittel für die Erforschung neuer bunkerbrechender Nuklearwaffen bereitstellen.

Nun muss noch der Senat entscheiden (S 2400), wo die Lesung einer entsprechenden Vorlage des *Senate Armed Services Committee* bereits begonnen hat.

5. Congress berät über zusätzliche Mittel für Militäreinsatz im Irak

Im Congress ist die Forderung der Bush-Administration nach zusätzlichen Mitteln in Höhe von 25 Mrd. USD für den Einsatz amerikanischer Truppen im Irak auf geteilte Reaktionen gestoßen. Die Administration hatte noch bis vor kurzem darauf beharrt, dass in diesem Jahr keine zusätzlichen Haushaltsmittel für den US-Militäreinsatz im Irak erforderlich sind. Anfang Mai 2004 rückte sie dann jedoch von dieser Position ab und verlangte die Bewilligung eines „Reservefonds“ durch den Congress, damit zwischen dem rechnungstechnischen Ende des laufenden Haushaltsjahres am 30. September 2004 und dem Ende des Kalenderjahres keine Finanzierungslücken entstünden, so die offizielle Begründung.

Der Congress hat bisher 166 Mrd. USD für die Militäreinsätze im Irak (und in Afghanistan) bewilligt. Rechnet man die Wiederaufbauhilfen hinzu, dann sind es nach Berechnungen des *Congressional Research Service* sogar 191 Mrd. USD.

Während Republikaner wie Tom DeLay (Texas), der *Majority Leader* im Repräsentantenhaus, dem Präsidenten versicherten, dass „niemand mit der Mittelanforderung ein Problem haben werde“, warfen die Demokraten Bush eine Verschleierung der tatsächlichen Kosten des Irak-Krieges vor und verlangten detaillierte Angaben darüber, wofür die verlangten zusätzlichen Haushaltsmittel eingesetzt werden sollen. Die Kritik entzündete sich dabei vor allem an einem vom Pentagon verlangten Blankoscheck in Höhe von 5 Mrd. USD für unausgeführte Aktivitäten des Verteidigungsministeriums.

Hier hat in beiden parteipolitischen Lagern ein Nachdenken über die Kontrollaufgaben des Congress eingesetzt, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass der Streitkräfteausschuss im Repräsentantenhaus im Rahmen seiner Beratungen über die *Defense Authorization 2005* (vgl. Punkt 4) eine Aufteilung der geforderten Haushaltsmittel nach einzelnen Sachbereichen (16,2 Mrd. USD für Ausstattung und Unterhaltung der Streitkräfte im Irak, 5,3 Mrd. für Personal und 2,4 Mrd. USD für gepanzerte Fahrzeuge und ähnliches) vorgeschlagen hat.

Im Senat ist aus dem Büro des republikanischen *Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) zwischenzeitlich zu vernehmen, dass bis zu 50 Mrd. USD an zusätzlichen Haushaltsmitteln bis zum Ende des Jahres für den Militäreinsatz im Irak erforderlich sind.

6. Bush und Cheney sagen vor Untersuchungskommission zum 11. September aus

Präsident George W. Bush und Vizepräsident Dick Cheney haben sich Ende April 2004 gemeinsam einer Befragung durch die Kommission zur Untersuchung der Terroranschläge vom 11. September 2001 (*National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States*) gestellt.

Bush, der sich ursprünglich gegen die Einsetzung der Untersuchungskommission ausgesprochen hatte, lehnte zunächst eine persönliche Befragung ab. Wachsender innenpolitischer Druck veranlasste ihn jedoch dazu seine Position zu revidieren (vgl. CR 4/2004, S. 3).

Allerdings erklärte sich Bush nur zu einer Anhörung unter Ausschluss der Öffentlichkeit bereit und bestand darauf, zusammen mit Vizepräsident Cheney und in Begleitung seines Rechtsberaters, *White House Counsel* Alberto R. Gonzales, Auskunft zu geben.

Zudem lehnte die Administration einen Tonbandmitschnitt der Befragung ab und ließ nur handschriftliche Aufzeichnungen zu. Demgegenüber hatten Bushs Amtsvorgänger Bill Clinton und dessen Vizepräsident Al Gore, die sich der Befragung durch die Kommission einzeln stellten, Mitschnitte erlaubt.

Nach Verlautbarungen der Administration befragten die Mitglieder der Kommission Präsident Bush vor allem zu Veränderungen in der Terrorabwehr nach den Septemberanschlägen, aber auch zu seiner Politik davor. Weitere Details wurden nicht bekannt gegeben.

Gemessen an den öffentlichen Aussagen von hochkarätigen Zeugen wie dem früheren Koordinator der Terrorbekämpfung unter Clinton und Bush, Richard Clarke, oder der gegenwärtigen Sicherheitsberaterin des Präsidenten, Condoleezza Rice, die das Augenmerk auf den Umgang mit dem Bedrohungspotenzial und vorliegenden Warnungen vor den Anschlägen gelenkt hatten, verlief Bushs Befragung offensichtlich eher enttäuschend.

Möglicherweise kann der für Ende Juli geplante Abschlussbericht diesen Eindruck noch korrigieren. Für die Kommissionsmitglieder bleibt die schwierige Aufgabe, das kritische Material in der Form von handhabbaren Ergebnissen und Empfehlungen aufzuarbeiten, ohne damit zwischen die Fronten des Wahlkampfes zu geraten.

8. Präsidentschaftswahlen: Irakkrise überschattet Wahlkampf

Die zunehmend schwierige Lage im Irak und die öffentlichen Debatten um die Besatzungspolitik der USA sowie das Vorgehen der amerikanischen Streitkräfte haben im Mai 2004 die Wahlkampagnen von Präsident Bush und seinem Herausforderer John Kerry sichtlich in den Hintergrund gedrängt.

Die nicht abreißende Serie der „schlechten Nachrichten“ konfrontiert vor allem Bushs Wahlkampfteam mit grundsätzlichen Problemen, weil die Strategie des Präsidenten primär auf die Themen innere und äußere Sicherheit sowie Führungsstärke und Entschlusskraft gerichtet ist.

Die steigenden Zahlen verwundeter und getöteter US-Soldaten und Berichte über die schockierende Behandlung irakischer Gefangener stellen jedoch genau diese Führungsstärke in Frage.

Meinungsumfragen zeigen, dass die Zustimmung zu der Irakpolitik der Administration und die Zuversicht in die Tragfähigkeit ihres Stabilisierungskonzepts im Mai 2004 auf neue Tiefstwerte gefallen sind.

Die jüngste Umfrage von ABC News und Washington Post weist aus, dass nur noch 40 Prozent der Befragten Bushs Irakpolitik positiv bewerteten, 58 Prozent dagegen negativ. Eine knappe Mehrheit gab zudem an, dass die Kosten des Irakkrieges den Nutzen für die USA übersteigen würden.

Die mehrheitlich negative Einschätzung der Irakpolitik der Administration hat die generelle Zustimmung zur Amtsführung des Präsidenten erstmals deutlich unter die 50

Prozent-Marke gedrückt. Nach historischen Erfahrungswerten ist dies ein deutliches Warnzeichen, das die Erfolgsaussichten in den Novemberwahlen in Frage stellt.

Bush ist es demgegenüber nicht gelungen, mit der sich verbessernden Wirtschaftsentwicklung und den Erholungstendenzen am Arbeitsmarkt in der öffentlichen Wahrnehmung Terrain gut zu machen und positivere Akzente zu setzen.

Dennoch hält Bushs Team an der bisher verfolgten ‚War President‘-Strategie fest (vgl. CR 4/2004, S. 9). Mit einer Serie von Redeauftritten, deren Auftakt eine Ansprache am *War College* der US-Armee in Carlisle (Pa.) bildete, will der Präsident um neues Vertrauen werben.

Senator John Kerry (D-Ma.) konnte von Bushs Schwäche nur leicht profitieren. Kerrys Kampagne setzte mit der Konzentration auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik im Mai 2004 augenscheinlich die falschen Schwerpunkte. Selbst solche Vorstöße wie die mögliche Nominierung des republikanischen Senators John McCain als demokratischer Vizepräsidentenskandidat blieben weitgehend ohne öffentlichen Widerhall.

Eine klare Alternative zum politischen Kurs der Administration im Irak bot Kerry nicht. Vielmehr hielt er sich mit Kommentaren zu der verfahrenen Situation bewusst zurück, um nicht den Verdacht einer wankelmütigen Position zu nähren.

Parteiinterne Kritiker befürchten, dass Kerry Gefahr läuft, die Chance einer klaren Abgrenzung von der Bush-Administration zu versäumen und damit die Definition seines Profils der republikanischen Wahlwerbung überlässt.

Einiges öffentliches Aufsehen erregten allein Überlegungen von Kerrys Team, die Annahme der Nominierung durch den Parteikonvent der Demokraten im Sommer um mehrere Wochen hinauszuzögern.

Für den mit der Nominierung beginnenden Hauptwahlkampf will Kerry die öffentliche Wahlkampffinanzierung in Anspruch nehmen, die den Kandidaten ca. 75 Mio. USD zur Verfügung stellt und im Gegenzug den Einsatz von Privatspenden für die Wahlwerbung untersagt.

Eine Verzögerung bis zum Abschluss des republikanischen Parteikonvents würde es Kerry ermöglichen, seine unerwartet erfolgreiche Spendeneinwerbung fortzusetzen und damit zu seinem republikanischen Kontrahenten aufzuschließen.

Neben der Frage der rechtlichen Zulässigkeit ist allerdings offen, inwieweit ein solcher Schritt von der Öffentlichkeit als manipulative Regelbeugung bewertet würde.